

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 20. Juni 2023

Asylkompromiss

Der Ministerrat der EU hat sich auf eine Neuordnung der europäischen Migrationspolitik verständigt. Der Kompromiss ist umstritten. Die Abgeordneten debattierten über Pro und Contra. S. 6

Zweitjobs

Laut einem Medienbericht ist in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Menschen gestiegen, die einen Zweitjob haben. Der Landtag beriet über das Thema in einer Aktuellen Stunde. S. 7

Drogentote

Die Zahl der Drogentoten steigt. Suchtmittel versprechen „vermeintliche Hilfe“, um schwierige Lebenssituationen zu bewältigen, heißt es in einem Bericht, zu dem sich Sachverständige äußerten. S. 9-11

Serie: Debatten

In einer Serie erklärt Landtag Intern Grundbegriffe des Parlamentarismus. Im aktuellen Teil geht es um die politische Debatte – also das Ringen in Wort und Widerwort um die besten Ideen. S. 14

Ziel: Klimaneutralität

Debatte über Pläne der Landesregierung



INHALT



Foto: IMAGO / CHROMORANGE

Drogensucht mit Todesfolge

<u>Anhörung aufgrund steigender Opferzahlen</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Plenum

<u>Klimaschutz und</u>	
<u>Windenergie</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Zukunft der EU-Asylpolitik</u> ...	S. 6
<u>Wenn ein Job nicht reicht</u>	S. 7

Forum

<u>Parlamentsgespräch</u>	S. 8
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12
Forum	
<u>Serie: Debatten</u>	S. 14
<u>Porträt: Jochen Ott (SPD)</u>	S. 15
<u>Kurz notiert</u>	S. 16

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 16. Juni 2023, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Klimaschutz und Windenergie

14. Juni 2023 – Nordrhein-Westfalen soll erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Dieses Ziel hat sich die Landesregierung von CDU und Grünen gesetzt. Über den Weg zur Klimaneutralität unterrichtete Ministerin Mona Neubaur (Grüne) den Landtag. Von der Opposition kam Kritik.

In erster Lesung mitberaten wurde der Entwurf der Fraktionen von CDU und Grünen für das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen“ (18/4567).

Der Entwurf sieht vor, dass die in Nordrhein-Westfalen bislang geltenden pauschalen 1.000-Meter-Mindestabstände zwischen neuen Windenergieanlagen und Wohnbebauung wegfallen. Dies ermögliche den schnelleren Ausbau der Windenergie. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Das Klimaschutzpaket sei ein Angebot zum Mitmachen – nicht von oben verordnet, erklärte Wirtschafts- und Klimaschutzministerin **Mona Neubaur** (Grüne). Es gelte, Technologien und Innovationen zu nutzen, damit es für die Menschen erträglich bleibe und damit der Klimaschutz für die vielen Unternehmen zu einem erfolgreichen Geschäftsmodell werde. Anstelle des pauschalen Mindestabstands von Windrädern zur nächsten Wohnbebauung habe man gemeinsam eine bessere Lösung gefunden. Die Kommunen könnten künftig die investierenden Unternehmen per Erlass dazu bringen, die Anlagen auf den jeweils vor Ort akzeptierten Flächen zu bauen: „Wir verbinden Ambition mit Akzeptanz.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Jochen Ott** vermisste eine „mutige Industriepolitik und einen starken Sozialstaat“. Er forderte einen Transformationsfonds für den Mittelstand, denn vielen Betrieben fehle es an Eigenkapital, um alte Produktionsprozesse durch neue zu ersetzen. Zudem kritisierte er mangelnde Unterstützung der Landesregierung für Wasserstoff-Projekte. Ohne die entsprechende

Infrastruktur für eine ökologische Transformation wanderten Unternehmen ab – „die Gefahr der Deindustrialisierung ist real“, mahnte Ott. „Menschen mit normalem Einkommen“ hätten nichts von der schwarz-grünen Klimaschutzpolitik. Klimaneutralität sei aber eine Gerechtigkeitsfrage.

Es herrsche Konsens darüber, dass erneuerbare Energien ausgebaut werden sollten, dies vielen Menschen bisher aber zu lange dauere, sagte **Dr. Jan Heinisch** (CDU). Die „Zukunftskohalition“ aus CDU und Grünen beschleunige den Ausbau, vereinfache Genehmigungsverfahren, baue bürokratische Hürden ab und werde die Bürgerinnen und Bürger an den Erlösen aus der Windkraft beteiligen. Schwarz-Grün sei ambitioniert und habe sich „mindestens 1.000 neue Windräder“ vorgenommen. Ohne die Akzeptanz der Bevölkerung sei dies aber nicht zu schaffen. Man müsse auf die Menschen daher zugehen, statt einen „Ausbau mit der Brechstange“ zu betreiben, betonte Heinisch.

Planung und Genehmigungen

Er habe in der Unterrichtung „nichts Neues“ erfahren, sagte **Henning Höne**. Der FDP-Fraktionschef kritisierte die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregel bei Windenergieanlagen. Die Regel habe den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht verhindert, sondern Akzeptanz und Rechtssicherheit geschaffen. Das Problem seien die Planungs- und Genehmigungsverfahren, „wenn es zwei Jahre dauert, bis der Strom überhaupt fließt“. Die FDP stehe zum Pariser Klimaschutzabkommen, sagte Höne: „Wir wol-

len klimaneutrales Industrieland werden.“ Industrie, Gewerbe und Handwerk müssten aber wettbewerbsfähig bleiben. Sonst würde das Land zum „Freilichtmuseum“.

Nordrhein-Westfalen solle „Europas erste klimaneutrale Industrieregion“ werden, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzende **Wibke Brems**. Damit das gelinge, brauche es einen „guten, durchdachten Plan“ sowie Stabilität und Mut. Das Klimaschutzpaket der Landesregierung lege das „Fundament für ambitionierten Klimaschutz in NRW“. Der Landesentwicklungsplan setze die „dringend notwendigen Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien“. Die im Plan vorgesehene Fläche biete das Potenzial für rund 3.000 Windenergieanlagen. Ziel sei, bis 2027 tausend neue Windräder zu bauen. Geachtet werde dabei auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger.

Die Landesregierung wolle, dass 250 Meter hohe Windanlagen „immer näher an die Häuser der Bürger heranrücken“, kritisierte **Christian Loose**. Der AfD-Abgeordnete sprach von „Monsteranlagen“. In NRW solle bis 2025 eine Fläche von rund 61.000 Hektar für neue Anlagen ausgewiesen werden. Was einmal freigegeben und genehmigt sei, gelte als „juristisch gesetzt“ und könne nur mit Entschädigungen rückgängig gemacht werden. Atomanlagen seien deutlich effizienter und würden deutlich weniger Fläche einnehmen. Die Landesregierung betreibe eine „Politik gegen unsere Bürger“.

sow, zab, tob

Foto: Schälte



Balkonkraftwerke

14.6.2023 – Die SPD-Fraktion setzt sich in einem Antrag ([18/4590](#)) für die finanzielle Förderung sogenannter Steckersolargeräte („Balkonkraftwerke“) ein. Die Förderung solle mindestens 50 Prozent des Kaufpreises betragen und auf ein Gerät pro Haushalt beschränkt sein. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen lebe zur Miete, schreibt die Fraktion. Diese Menschen profitierten „bisher nicht im gleichen Maße wie Hauseigentümerinnen und -eigentümer von der Förderung des Landes“ im Zusammenhang mit der Energiewende. Die Landesregierung solle zudem eine „sofortige und flächendeckende Erlaubnis“ für Balkonkraftwerke erwirken. Sie solle eine „Konferenz mit allen großen Wohnungsbauunternehmen, -genossenschaften und Verbänden der Wohnungswirtschaft sowie dem Mieterbund NRW einberufen“ und eine landesweite Informationskampagne über die Potenziale der Geräte aufsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wirtschaft und Wachstum

14.6.2023 – Deutschland und Nordrhein-Westfalen verlören an Wettbewerbsfähigkeit – dies kritisiert die FDP-Fraktion in einem Antrag ([18/4569](#)). „Neben fesselnder Bürokratie, langen Planungs- und Genehmigungsverfahren, einer hohen Steuer- und Abgabenbelastung und einer behäbigen Innovationsbereitschaft verschlechtern insbesondere hohe Energiekosten, Arbeitskräftemangel und eine veraltete Infrastruktur die Standortqualität“, heißt es u. a. in dem Antrag. Benötigt werde eine „wachstums- und angebotsorientierte Politik, die Investitionen in Innovationen und damit Rahmenbedingungen für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze“ fördere. Die Fraktion fordert die Landesregierung in ihrem Antrag zu zahlreichen Maßnahmen auf, darunter ein „Belastungsmoratorium“ für die Wirtschaft und eine „dauerhaft wirkende Bürokratiebremse“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und AfD abgelehnt.

NRW und USA

14.6.2023 – Nordrhein-Westfalen will mit einem Aktionsjahr seine Beziehungen zu den USA weiter stärken. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/4564](#)) wurde einstimmig angenommen. Das NRW-USA-Jahr solle die transatlantische Freundschaft „in ihrer ganzen Vielfalt hervorheben und ausbauen sowie neue Impulse für die Zusammenarbeit – in gezielten Politikbereichen – setzen“, heißt es in dem Antrag. Das Aktionsjahr solle dabei einen Rahmen bieten für unterschiedliche Projekte u. a. rund um Forschung, Wirtschaft, Kunst und Kultur, aber auch Jugend und Bildung. Die Stärkung des transatlantischen Dialogs auf verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ebenen solle vor allem auch Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen erreichen, die bislang wenig Berührungspunkte mit den USA hätten. Die Landesregierung wurde beauftragt, das NRW-USA-Jahr auszurichten.

Lehrkräfte

14.6.2023 – Mit einer „Regionalprämie“ will die AfD-Fraktion Lehrkräfte nach Nordrhein-Westfalen locken. Aktuell seien rund 6.700 Stellen im Land unbesetzt. Auch Bayern sei „ins bundesweite Werben um Lehrerfachkräfte eingestiegen“, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([18/4574](#)). Lehrerinnen und Lehrer, die aus einem anderen Bundesland in den Freistaat wechselten, hätten dort vom Schuljahr 2023/2024 an in bestimmten Bedarfsregionen nach mindestens zweijähriger Tätigkeit Anspruch auf eine Regionalprämie in Höhe von 3.000 Euro. Die Landesregierung von CDU und Grünen solle ein ähnliches Projekt auflegen und einmalig 3.500 Euro an Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zahlen, „die sich für mindestens zwei Jahre in einer Bedarfsregion mit mindestens einem Bedarfsfach verpflichten“. Das Projekt solle auf vier Schuljahre begrenzt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Bildung

15.6.2023 – Die FDP-Fraktion schlägt eine Änderung der nordrhein-westfälischen Verfassung vor, um eine „Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung“ zu erreichen. Der Fachkräftemangel sei ein „zentrales Problem für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes“, heißt es in einem Gesetzentwurf ([18/4278](#)) der Fraktion, über den die Abgeordneten in erster Lesung beraten haben. Seit 1992 begannen rund 70 Prozent mehr junge Menschen ein Studium, aber rund 20 Prozent weniger eine Ausbildung. Im Jahr 2020 hätten erstmals mehr Jugendliche ein Hochschulstudium als eine berufliche Ausbildung aufgenommen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sei es „von zentraler Bedeutung, dass sowohl akademische als auch berufliche Bildung gesellschaftliche Anerkennung erfahren und als gleichwertig anerkannt und akzeptiert werden“. Die Änderung der Landesverfassung solle darauf hinwirken, dass staatliches und politisches Handeln die Gleichwertigkeit der Bildungswege stärker beachte und mitdenke. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Geldwäsche

15.6.2023 – Die Landesregierung solle den Kampf gegen Geldwäsche weiter intensivieren. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen ([18/4562](#)). Nordrhein-Westfalen habe sich als „Vorreiter im Kampf gegen Steuerkriminalität und Geldwäsche positioniert“. Ein wichtiger Schritt sei die Gründung einer „ressortübergreifenden Task Force zur Bekämpfung von Finanzierungsquellen Organisierter Kriminalität und Terrorismus“ gewesen. Einen weiteren Schritt gehe die Landesregierung nun mit der Gründung einer Landesbehörde zur Bekämpfung großer Fälle von Steuerkriminalität sowie zur Mitwirkung bei der Geldwäschebekämpfung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. FDP und AfD stimmten dagegen, die SPD enthielt sich.



Dritte Orte

15.6.2023 – Als Dritte Orte werden Plätze bezeichnet, die Menschen im ländlichen Raum die Möglichkeit der Begegnung mit Kunst und Kultur bieten. Die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen wollen diese Orte weiter stärken. Mit einem Programm fördere die Landesregierung bereits die Weiterentwicklung solcher Kulturorte, heißt es in dem Antrag (18/4560). Im November 2020 habe eine Fachjury insgesamt 26 Projekte ausgewählt, die in der zweiten Programmphase unterstützt würden. Die Landesregierung wird u. a. aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit bestehende Dritte Orte auch künftig unterstützt und ob weitere entwickelt werden könnten. Der Antrag wurde in direkter Abstimmung einstimmig angenommen.

Einsamkeit

15.6.2023 – Das Thema „Einsamkeit“ stand im Mittelpunkt einer Großen Anfrage (18/2389) der SPD-Fraktion. Sie hat insgesamt 124 Fragen gestellt. Thema war u. a. der Zusammenhang von Einsamkeit und Armut. Weitere Aspekte betrafen Frauen, Gleichstellung und Alleinerziehende, Kinder, Jugend und Familie sowie Integration, Wohnen, Gesundheit und Pflege. Mit der Einrichtung der Stabstelle „Demografischer Wandel und Einsamkeit“ habe man „zügig eine der zentralen Handlungsempfehlungen der Enquetekommission ‚Einsamkeit‘ umgesetzt“, heißt es in der Antwort der Landesregierung (18/4022). Gemeinsam mit der „starken Zivilgesellschaft“ sollen neue Angebote entwickelt werden. Das ehrenamtliche Engagement werde dabei eine tragende Säule sein.

Badeunfälle

16.6.2023 – Um Badeunfälle und Schwimmfähigkeit ging es in einer Großen Anfrage (18/853) der AfD-Fraktion. „Tod durch Ertrinken ist bei Kindern in der Altersgruppe der Fünf- bis 14-Jährigen die dritthäufigste Todesursache nach Infektionen und Unfällen“, so die Fraktion. Sie hatte u. a. nach der Erfassung von Badeunfällen, der Schwimmfähigkeit von Schulkindern, der Schwimmbäderinfrastruktur im Land sowie der Personalsituation bei Schwimmlehrerinnen und -lehrern gefragt. In ihrer Antwort (18/2085) wies die Landesregierung u. a. darauf hin, dass die „bisherigen erfolgreichen Maßnahmen ‚NRW kann schwimmen‘ und ‚Woche des Schulschwimmens‘“ weitergeführt werden sollen. Eine „noch größere Flächendeckung“ werde angestrebt.

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | 18/4567 | CDU und Grüne | 1. Lesung am 14. Juni 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Gesetz zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften | 18/4183 | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Juni 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushalts-

ordnung | 18/3482 (Neudruck), | Landesregierung | 2. Lesung am 14. Juni 2023 | verabschiedet

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | 18/4531 | Landesregierung | 1. Lesung am 14. Juni 2023 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) | 18/4532 | Landesregierung | 1. Lesung am 14. Juni 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | 18/4278 |

FDP | 1. Lesung am 15. Juni 2023 | Überweisung an den Hauptausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | 18/4593 | Landesregierung | 1. Lesung am 15. Juni 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | 18/4341 | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz betreffend den weiteren Aufbau der Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe und zur Änderung weiterer hochschulgesetzlicher Vorschriften | 18/4184 | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | 18/3644 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Zukunft der EU-Asylpolitik

16. Juni 2023 – Der EU-Ministerrat hat sich Anfang Juni auf eine Position für eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) verständigt. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über den umstrittenen Kompromiss.



Henning Höne (FDP)

Gregor Golland (CDU)

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)

Verena Schäffer (Grüne)

Enxhi Seli-Zacharias (AfD)

Minister
Oliver Krischer (Grüne)

Der Beschluss sei ein „großer Schritt zur Neuordnung der Migrationspolitik“, heißt es im Antrag der FDP-Fraktion (18/4660), der der Aktuellen Stunde zugrunde lag. Mit der Vereinbarung könne es gelingen, „irreguläre Migration deutlich zu reduzieren und den kriminellen Schlepperorganisationen ihre Grundlage zu entziehen“. Europa stehe aber weiterhin zu seiner humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Schutzbedürftigen.

Gemäß der Vereinbarung sollen Schutzsuchende künftig an den EU-Außengrenzen in „kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen“ überprüft werden, schreibt die FDP in ihrem Antrag. Innerhalb von zwölf Wochen solle eine „rechtssichere Bewertung von Asylanträgen von Personen mit geringen Chancen auf einen Flüchtlingsstatus erfolgen“.

Die Zahl neu ankommender Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sei im vergangenen Jahr höher als in den Jahren 2015/2016 gewesen, bemerkte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **Henning Höne**. Wichtig sei, die „reguläre Einwanderung“ zu stärken, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu bekämpfen und die „irreguläre Migration“ zu reduzieren. Der aktuelle Kompromiss des EU-Ministerrates sei ein „wichtiger Schritt zum Schutz der Außengrenzen“ und eine „Zeitenwende“ in der deutschen und europäischen Politik. Bürgerinnen und Bürger und besonders auch die Kommunen in NRW hätten Interesse daran, dass der Asylkompromiss umgesetzt werde.

Das Paket des Ministerrates müsse u.a. noch mit dem Parlament und der Kommission der EU abgestimmt werden, sagte **Gregor Golland**

(CDU). Seit Jahren schaffe es die EU nicht, einen Konsens für die Asyl- und Migrationspolitik zu finden. Klar sei: „Wir müssen Migration ordnen, steuern und begrenzen, wenn wir den Anspruch für die wirklich Verfolgten und Schutzbedürftigen nicht aufgeben und die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht gefährden wollen.“ Das gehe nur gemeinsam mit den europäischen Nachbarn. Für die schwarz-grüne Landesregierung gelte: „Wir kümmern uns hier vernünftig und verlässlich um das, wofür wir zuständig sind.“

Familien und Kinder

Nur eine gemeinsame europäische Lösung könne perspektivisch tragfähig sein, sagte **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD). Es sei richtig und wichtig, dass eine Einigung gefunden sei. Kompromisse bedeuteten aber immer ein Abrücken von der eigenen Position, auch wenn dies für einige sehr schmerzhaft sei. Ein Scheitern des Kompromisses hätte zudem nicht bedeutet, „dass sich unsere Linie durchgesetzt hätte“, gab sie zu bedenken. Ihre Partei wolle sich auf EU-Ebene weiter für Familien und Kinder starkmachen, betonte die Sozialdemokratin.

Verena Schäffer, Fraktionsvorsitzende der Grünen, bezeichnete den Antrag zur Aktuellen Stunde als „reichlich unterkomplex“. Die FDP wisse genau, dass das Verfahren noch laufe. Die Einigung des Ministerrates erfülle in der Tat zentrale Anliegen nicht: weder einen verbindlichen Mechanismus zur Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU noch das Ziel, Familien mit minderjährigen Kindern

vom Asylverfahren an EU-Außengrenzen auszunehmen. Es handle sich daher auch um „keine historische Einigung“, sagte Schäffer. Sie dankte den Kommunen und den Ehrenamtlichen für ihr Engagement bei der Aufnahme von Geflüchteten.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD) äußerte erhebliche Zweifel an der Umsetzbarkeit des „Asylpakets“. Bis man dies in der Praxis sehe, werde es noch Jahre dauern. Es sei auch nicht sicher, dass es zu Abkommen mit Drittstaaten kommen werde. Diese Abkommen seien aber „zentral für die erwünschten Abschiebungen“. Die Entlastung der Kommunen solle durch einen „verbindlichen Solidaritätsmechanismus“ erfolgen, an denen sich „Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn nie beteiligen werden“. Dringend erforderlich sei eine Entlastung der Kommunen – ebenso Grenzkontrollen und die Zurückweisung illegal Eingereister direkt an den Grenzen.

Die Situation an den europäischen Grenzen sei für Schutzsuchende desolat, sagte Minister **Oliver Krischer** (Grüne) in Vertretung von Flucht- und Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne). Die Landesregierung unterstütze eine europäische Lösung, die „vom Gedanken der Solidarität innerhalb der EU, aber auch von unserer humanitären Verantwortung“ getragen sei. Um die akuten Probleme der Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration zu lösen, brauche es ein bundesweites Gesamtkonzept, das den Herausforderungen vor Ort Rechnung trage. Es müsse klar sein, dass Bund, Länder und Kommunen eine „Verantwortungsgemeinschaft“ bildeten.

tab, sow, zab

Wenn ein Job nicht reicht

15. Juni 2023 – Immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen kommen einem Medienbericht zufolge ohne Zweitjob nicht über die Runden. Ihre Zahl sei in den vergangenen zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen. Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde debattiert.

Die AfD-Fraktion hatte die Aktuelle Stunde beantragt ([18/4659](#)). Die Zahl derjenigen, die mehr als einem Job nachgingen, sei in den vergangenen zehn Jahren laut Bericht um 40 Prozent gestiegen. Im September 2022 seien es insgesamt 723.874 Personen gewesen. Einer der Hauptgründe seien steigende Kosten, heißt es im Antrag. Viele sähen sich gezwungen, zusätzliche Jobs anzunehmen. Dies spiegele die aktuellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wider.

Seit Jahren steige die Zahl der Menschen mit Zweitjobs, sagte [Dr. Martin Vincenz](#), Vorsitzender der AfD-Fraktion. Das sei ein Anzeichen dafür, dass „etwas in diesem Land schief läuft“, und zwar schon seit den 1990er-Jahren. Er kritisierte, dass „der Staat zu weit die Hand“ aufhalte sowie eine „stagnierende Produktivität“ und eine „hemmungslose Globalisierung“. Ein „Auseinanderdriften von Gewinn und Lohn“ führte er unter anderem auf ein „völliges Versagen der Gewerkschaften“ zurück. Es komme darauf an, die Menschen zu qualifizieren und die Inflation zu bekämpfen, sagte Vincenz.

„Das Thema ist natürlich wichtig“, erklärte [Marco Schmitz](#) (CDU). Dennoch sei die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so hoch wie nie seit Beginn der Aufzeichnungen – sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Deutschland insgesamt. Schmitz bekräftigte den Grundsatz, dass jede und jeder von einem Vollzeitjob leben können müsse. Dafür sei eine hohe Tarifbindung notwendig. Mit der Fach-

kräfteoffensive wolle die Koalition von CDU und Grünen diejenigen qualifizieren, die nicht von ihrem Einkommen leben könnten, damit ihnen höhere Gehaltsstufen nicht verwehrt blieben.

Tarifbindung

„Arbeit muss zum Leben reichen“, sagte [Lena Teschlade](#) (SPD). „Wer in Vollzeit arbeitet, muss seine monatlichen Kosten ohne Aufstockung davon bezahlen können.“ Das Ziel müsse sein, den Niedriglohnsektor „immer weiter einzudämmen“, etwa durch eine deutlich stärkere Tarifbindung. Nur jeder vierte Betrieb sei derzeit tarifgebunden. Öffentliche Aufträge sollten nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, forderte die SPD-Politikerin. Dazu solle ein Bundestariftreugesetz geschaffen werden. Deutlich bessere Arbeitsbedingungen brauche es vor allem in der Leiharbeit – mit gleichen Löhnen wie für Festangestellte.

„Jeder Mensch muss von seinem Lohn leben können“, forderte [Jule Wenzel](#) (Grüne). Das beste Mittel gegen „Lohnarmut“ sei ein Mindestlohn, der sich an den Lebenshaltungskosten orientiere und weiter erhöht werden müsse. Durch die erste Erhöhung des Mindestlohns sei der Niedriglohnsektor von 19 auf 15 Prozent geschrumpft. Auch die Tarifbindung müsse deutlich steigen. Politik müsse für gute Rahmenbedingungen in der Aus- und Weiterbildung sowie für eine Kindergrundsiche-

rung sorgen. Für die schwarz-grüne Koalition in NRW gelte: „Wir stehen entschlossen gegen Ausbeutung – egal ob in der Haupt- oder in der Nebenbeschäftigung.“

Für viele Menschen sei es offenbar attraktiver, eine zusätzliche geringfügige Beschäftigung anzunehmen, statt die Arbeitszeiten im Hauptjob auszuweiten, sagte [Susanne Schneider](#) (FDP). Die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben sei so hoch, dass vom zusätzlich verdienten Euro nicht mehr viel bleibe. Ein „wesentlicher Schritt zur Entlastung der arbeitenden Mitte“ sei das von der FDP und Bundesfinanzminister Christian Lindner auf den Weg gebrachte Inflationsausgleichsgesetz mit dem Abbau der Kalten Progression. Bei einer Gehaltserhöhung bleibe von diesem Jahr an mehr Geld übrig, sagte Schneider.

Das Thema müsse „sehr differenziert“ betrachtet werden, sagte Arbeitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU). Nicht jeder Nebenjob werde aus Armut angenommen. Es gebe Konstellationen, die seien „vollkommen in Ordnung und arbeitsmarktpolitisch unbedenklich“. Sorgen müsse man sich um Menschen machen, die aufgrund finanzieller Zwänge einer zweiten Beschäftigung nachgehen müssten. Das Problem sei der Niedriglohnbereich. Wenn Menschen arbeiteten und das Geld trotzdem nicht zum Leben reiche, sei das ein „nicht akzeptabler Zustand“. Es sei wichtig, dass der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht worden sei, sagte Laumann.

sow, tob, zab

Informationsflut und Demokratie

6. Juni 2023 – Informationen sind mittlerweile überall und jederzeit abrufbar. Zu von Medien recherchierten Nachrichten gesellen sich insbesondere über die Sozialen Medien vermeintliche Fakten und Meinungen. Gefährdet diese Informationsflut unsere Demokratie? Zu dieser Frage hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, hochkarätige Gäste zum Parlamentsgespräch eingeladen.

Unter der Moderation von Vivien Leue diskutierten die Leiterin des „Spiegel“-Hauptstadtbüros, Dr. Melanie Amann, Prof. Dr. Michael Steinbrecher, Moderator und Professor für Fernseh- und Crossmedialen Journalismus an der TU Dortmund, und der Politikwissenschaftler Dr. Martin Florack.

Präsident Kuper führte in die Diskussion ein. Er fragte: „Was macht es mit uns Bürgerinnen und Bürgern, wenn Nachrichten und Informationen rund um die Uhr ungefiltert, unbegrenzt über uns hereinbrechen? Dass frei zugängliche Informationen in möglichst großer Vielfalt Voraussetzung für eine demokratische Meinungs- und Willensbildung sind, steht für uns alle nicht zur Debatte. Doch was passiert, wenn wir Bürgerinnen und Bürger im reißenden Strom der Nachrichten, der Infoschnipsel der Tweets, Reels und Postings, die tatsächlich relevanten Informationen nicht mehr richtig zu greifen bekommen? Wem vertrauen wir noch und wem folgen wir, wenn wir nicht mehr unterscheiden können, was Wirklichkeit und was Fiktion ist? Was Meinungsmache oder Manipulation ist?“

„Relevanz“

Auch für Journalistinnen und Journalisten habe sich die Arbeit durch die neue Informationsflut verändert, betonte Spiegel-Journalistin Dr. Melanie Amann. Allerdings sei weiterhin die Relevanz das entscheidende Kriterium für die Entscheidung, ob ein Thema bearbeitet werde oder nicht. Dies sei auch keine Entscheidung eines Einzelnen. Sondern wie vor Jahrzehnten diskutiere darüber die Redaktion.

Prof. Michael Steinbrecher beschrieb die Aufgaben des Journalismus: Er müsse staats-



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2. v. r.), mit Dr. Melanie Amann, Dr. Martin Florack (l.), und Prof. Dr. Michael Steinbrecher.
Fotos: Hartmann

fern sein. Ohne einen freien und unabhängigen Journalismus gebe es „keine Demokratie“, so der Wissenschaftler. Hinzu komme die Professionalität, also das Selektieren, Recherchieren und Präsentieren von Nachrichten, das Darstellen von Argument und Gegenargument. Und: Der Journalismus stehe für die Kontrolle der Politik.

Die gute Seite der Entwicklung der Medien sei, dass sich alle beteiligen könnten, so Steinbrecher. Zugleich müsse aber getrennt werden zwischen Fakten und Manipulation. Und es müsse sichergestellt sein, dass die Menschen weiter von den relevanten Nachrichten erreicht würden.

Der Politikwissenschaftler Dr. Martin Florack sprach von einer „extremen Beschleunigung der Nachrichtenwelt“. Dabei verpufften große Erregungswellen oft auch schnell wieder.

Auf dieses mittlerweile sehr hohe Tempo müsse sich Politik aber einstellen, politische Akteure müssten auf diese Rahmenbedingungen reagieren.

Florack mahnte zugleich, dass sich die „Aufgeregtheiten“ nicht automatisch in den „Meinungsbildungskosmos“ der Bevölkerung transportierten. Studien zeigten, dass es weiter eher eine mittige Vorstellung über Politik und Demokratie in der Gesellschaft gebe und keine Polarisierung, wie oft angenommen werde. Hier dürfe Lautstärke nicht mit Wirkung verwechselt werden.

red

Ein Video zum Parlamentsgespräch und den Mitschnitt der kompletten Diskussion finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/Mediathek/Videoportal.



HAUS DER DROGENHILFE

42



SCHWERPUNKT

Drogensucht mit Todesfolge

7. Juni 2023 – Die Zahl der Drogentoten steigt. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat dazu das zuständige Ministerium und im Nachgang in einer öffentlichen Anhörung Sachverständige zum Stand, zu Ursachen und Perspektiven befragt.

Das Ministerium betrachte den Anstieg mit großer Sorge, hatte Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) schriftlich erklärt (Vorlage [18/858](#)). Die Zahl der Drogentoten sei zwischen 2020 und 2021 um mehr als 70 Prozent angestiegen. „Krisenhafte Ereignisse“ wie die Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine belasteten die Bürgerinnen und Bürger. Suchtmittel versprächen einigen Menschen „vermeintliche Hilfe“, um schwierige Lebenssituationen zu bewältigen.

Daten aus einer Telefonbefragung in der Therapieforschung hätten ergeben, dass der Konsum illegaler Drogen von 2018 bis 2021 gestiegen sei. Cannabis sei dabei die am häufigsten konsumierte Substanz, auch der Crack-Konsum sei gestiegen. Insgesamt verfüge das Land über „gute und flächendeckende Strukturen der Suchtprävention und -beratung“, erklärte der Minister. Das Land fördere finanziell die Geschäftsstelle Suchtkooperation NRW und die einzelnen Landesfachstellen.

„Viele der dokumentierten Todesfälle sind auf konsumbedingte Gesundheitsschäden bei Langzeitkonsumierenden zurückzuführen“, erklärte Markus Wirtz, Leiter der Drogenhilfe

Köln, in seiner schriftlichen Stellungnahme. Um die Zahl zu senken, nannte er zahlreiche Maßnahmen, denen ein niedrigschwelliger Zugang zu Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen gemeinsam ist. Obdachlose Suchtkranke bräuchten etwa Krankenwohnungen, damit sie im Krankheitsfall angemessen behandelt werden könnten. In Krankenhäusern könnten sie nicht bleiben. Nicht ausreichend ausgeheilte Krankheiten hätten nicht selten bedrohliche Langzeitfolgen.

„Drug Checking“

Weiterhin forderte Wirtz für die Substitutionstherapie, also die Behandlung mit Ersatzstoffen, eine langfristige Absicherung von Behandlungsangeboten. Diese seien in ihrer Existenz bedroht. Für wichtig hielt er auch eine gesicherte Weiterbehandlung nach der Substitutionstherapie, die häufig nicht hinreichend organisiert sei. Als weitere Bausteine, um der Todesrate zu begegnen, nannte Wirtz die Überprüfung von Rauschmitteln auf Verunreinigung – sogenanntes Drug Checking – sowie niedrigschwellige Zugänge zu Entgiftungsbehandlungen. Derzeit seien diese mit aufwendigen Antragsverfahren

und langen Wartezeiten verbunden. Die Träger der Suchthilfe könnten all diese Maßnahmen grundsätzlich umsetzen – es mangle aber an „rechtskreisübergreifend abgestimmten Verfahren“ und an der Finanzierung.

Es sei dringend nötig, die Hilfen für schwerstdrogenabhängige Menschen auszubauen, befand auch Dr. Anne Pauly, Leiterin der Geschäftsstelle der Suchtkooperation NRW, in ihrer Stellungnahme. Diese Gruppe habe im Jahr 2022 mit fast 70 Prozent die höchste Todesrate zu beklagen gehabt. Dafür gebe es mehrere Gründe – aber die Corona-Pandemie könne als „sehr bedeutsam für den Anstieg der Drogentoten“ gelten. Während Drogen auch während der Pandemie verfügbar gewesen seien, hätten niedrigschwellige Hilfeangebote der Überlebenshilfe wie Drogenkonsumräume, Notschlafstellen, Essensangebote oder Aufenthaltsmöglichkeiten teilweise oder ganz schließen müssen. Auch die Verfügbarkeit von Rauschmitteln spiele eine Rolle: Seit etwa 2017 werde der Schwarzmarkt mit Kokain überschwemmt und führe zu einer zunehmenden Verelendung der Klientel.

Als Forderungen formulierte Pauly ebenfalls „Drug-Checking“, außerdem den Einsatz

des Notfallmedikaments Naloxon auch in Haft und bei Substitution sowie eine Krankenversicherung für alle bzw. eine bessere Versorgung auch ohne Krankenversicherung. Für Crack-Abhängige im ländlichen Raum sei u. a. eine bessere Betreuung wichtig, etwa durch „Konsumhaltestellen“.

„Am Beispiel der Drogenkonsumräume wird deutlich, wie relevant die Beteiligung von Suchthilfe, kommunalen Ordnungspartnerschaften und Stadtplanung für den Erfolg niedrigschwelliger Suchthilfe auf der einen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auf der anderen Seite sind“, heißt es in der Stellungnahme der Suchtkooperation NRW weiter. Hier träfen die Ziele der Überlebenshilfe, der Gesundheitsförderung und der psychosozialen Unterstützung auf ordnungspolitische Aspekte: Während die Zielgruppe einen geschützten Raum habe, würden sichtbarer Drogenkonsum und Szeneansammlungen in der Öffentlichkeit vermindert. Zwölf solcher Räume gebe es in Nordrhein-Westfalen.

„Passgenaue Maßnahmen“

Im Juni 2023 nehme eine „Arbeitsgemeinschaft Drogentodesfälle“ der Freien Wohlfahrtsverbände unter Beteiligung des Ministeriums und der Geschäftsstelle der Suchtkooperation NRW ihre Arbeit auf, um die Datenbasis zu erweitern und passgenaue Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Todesfälle abzuleiten, erläuterte Pauly.

Miriam Mauss von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein bedauerte in ihrer Stellungnahme, dass seit 2013 immer weniger niedergelassene Haus- und Fachärztinnen und -ärzte Substitutionsbehandlungen durchführten. Aktuell täten dies nur 285, obwohl 350 eine entsprechende Genehmigung hätten. In den vergangenen drei Jahren sei deren Zahl um 6 Prozent gesunken. Neben diesen Ärztinnen und Ärzten gebe es vier Diamorphin-Ambulanzen in Nordrhein-Westfalen: in Köln, Bonn, Wuppertal und Düsseldorf.

Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein bemühe sich um Anreize für einen niedrigschwelligen Einstieg. So erhielten Ärztinnen und Ärzte beispielsweise 1.000 bis zu 5.000 Euro, wenn sie ein Substitutionsangebot in einem Mangel-Gebiet schafften. Auch werde das Thema bei den Veranstaltungen „Start-up in die Niederlassung“ platziert, Praxiseindrücke und Netzwerktreffen würden organisiert. „Offensichtlich ist, dass diese Maßnahmen zwar wirksam, aber noch nicht ausreichend sind“, heißt es in der Stellungnahme.

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die gestiegene Zahl der Drogentoten ...



Marco Schmitz
(CDU)



... macht mich betroffen. Jeder Drogentote ist einer zu viel. Die steigende Zahl dürfte sich insbesondere durch die Todesfälle von Langzeitkonsumierenden erklären. Der jahrelange Missbrauch von Rauschmitteln in jeder Form führt zu irreparablen Gesundheitsschäden. Hierdurch zeigt sich, dass Präventionsarbeit zur Verhinderung von Langzeitkonsum bzw. Drogenkonsum generell das Mittel der Wahl ist.



Rodion Bakum
(SPD)



... ist besorgniserregend und es kann uns alle betreffen. Mehr als jeder 5. Mensch in Deutschland leidet unter einer Suchterkrankung. Was oft vergessen wird: Die größten Gesundheitsgefahren stellen legale Suchtmittel dar – Alkohol, Nikotin, Arzneimittel.



Dennis Sonne
(Grüne)



... macht uns betroffen und verdeutlicht, dass eine der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen unseres Landes dringend auf ein ganzheitliches Hilfesystem angewiesen ist. Die Landesregierung unterstützt deshalb den fachlichen Austausch und notwendige Anpassungen der Hilfesysteme. Wir wollen die verschiedenen Zielgruppen wie zum Beispiel schwerstabhängige Menschen besser erreichen.



Susanne Schneider
(FDP)



... in Nordrhein-Westfalen ist besorgniserregend, weil damit der höchste Stand seit 30 Jahren erreicht wird. Gemessen am Bevölkerungsanteil liegt die Zahl der Drogentoten in NRW inzwischen fast um das Doppelte über dem bundesweiten Niveau. Die Zahl der Suizide bei Suchtkranken ist um 24 Fälle auf 42 gestiegen. All das macht den Handlungsbedarf deutlich: Jeder Drogentote ist einer zu viel.



Dr. Martin Vincenz
(AfD)



... ist eine besorgniserregende Entwicklung. Ein Anstieg der Drogentoten um 73 % in NRW, während der Anstieg im Bund bei „nur“ 44 % liegt, muss jetzt wachrütteln: Hier läuft etwas schief. Es braucht verstärkte Grenzkontrollen, härtere Strafen für Dealer, Ursachenforschung und ein passgenaues medizinisches Angebot, das die Betroffenen nachhaltig unterstützt und, wo immer möglich, von ihrer Sucht heilt.

Drogensucht mit Todesfolge

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Suchthilfe in Nordrhein-Westfalen ...

... verfolgt mit den bestehenden Drogenkonsumräumen Ziele der Überlebenshilfe, der Gesundheitsförderung und -prophylaxe und der Schadensminimierung für Drogenkranke. Die Corona-Pandemie hat die Verfügbarkeit dieser niederschweligen Angebote eingeschränkt. Eine adäquate Versorgung war hier zeitweise nicht möglich. Das ist ein weiterer Faktor für die gestiegene Zahl der Drogentoten.

... leistet wichtige Arbeit bei der Aufklärung, Prävention und zur Steigerung der Überlebenschance von Langzeitkonsumenten. Daher muss die Suchthilfe in NRW gestärkt werden und eine strukturelle Förderung von Verhaltens- und Verhältnisprävention in allen Lebensbereichen gesichert werden.

... verfügt über gute Strukturen der Prävention und Beratung. Angebote wie die Drogenkonsumräume, in denen Menschen mit Suchterkrankung ihre Drogen unter hygienischen Bedingungen konsumieren und Hilfe erhalten, sind ein wichtiger Beitrag. Sie sollen ausgebaut werden. Drug-Checking (das Überprüfen der Inhaltsstoffe) erleichtern wir. Wir wissen aber auch um Herausforderungen, u. a. durch den Fachkräftemangel.

... leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention und Unterstützung Betroffener. Daher muss die Suchthilfe auch finanziell vernünftig ausgestattet werden. Ein wichtiges Instrument zur Prävention von Todesfällen kann der Ausbau von Drogenkonsumräumen sein. Durch schnelle Hilfe kann in vielen Fällen der Drogentod verhindert werden.

... ist wichtig für Menschen mit Drogenabhängigkeit. NRW hat diverse Programme implementiert, um Betroffenen Hilfe anzubieten. Bei derart alarmierenden Zahlen muss aber auch hier geschaut werden: Wo können wir besser werden? Kürzere Wartezeiten bei der Therapieplatzvermittlung, mehr niedrigschwellige Angebote und die kontinuierliche Finanzierung der Hilfsstrukturen sind hierbei essenziell.

Ärztinnen und Ärzte ...

... sind sehr wichtige Personen für die Präventionsarbeit und die Behandlung der Drogenkonsumenten. Ziel der ärztlichen Behandlung ist in der Regel nicht die Suchtmittelfreiheit. Ziel ist Teilhabe und Überleben der Betroffenen. Das gelingt nur durch gut vernetzte Strukturen und strukturelle Präventionsarbeit. Für die CDU-Fraktion hat vor allem der Jugend- und der Gesundheitsschutz Priorität.

... sind gemeinsam mit weiteren Fachkräften wie Pflegenden und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern unersetzbar für die Versorgung von Menschen mit Suchterkrankung und -gefährdung in NRW. Die Strukturen der Suchthilfe müssen finanziell abgesichert sein, damit die Fachkräfte für eine nachhaltige Präventionsarbeit sorgen können.

... spielen eine wichtige Rolle bei der Substitutionsbehandlung opiatabhängiger Menschen. Sie dient der gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung und sollte am besten mit einer psychosozialen Begleitung einhergehen. Da der Bedarf wächst, haben die Kassenärztlichen Vereinigungen Maßnahmen wie Hospitationen in Suchtpraxen ergriffen, um mehr Ärztinnen und Ärzte zur Substitutionsbegleitung zu motivieren.

... sind immer noch mit zu viel Bürokratie konfrontiert, wenn sie an Substitutionsprogrammen teilnehmen wollen. Das ist gerade jetzt besonders kontraproduktiv, da immer mehr Substitutionsärztinnen und -ärzte in den Ruhestand gehen. Zu wenige neue Ärztinnen und Ärzte, die Substitutionsbehandlung in ihren Praxen anbieten, bedeuten bei steigenden Patientenzahlen eine Verschärfung der Versorgungslage.

... spielen eine entscheidende Rolle, da sie über das Fachwissen verfügen, um Suchtkranke zu unterstützen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Psychologen, Sozialarbeitern, Suchtberatern und anderen Gesundheitsexperten ist essenziell, um Versorgung und Unterstützung für drogengefährdete Personen zu gewährleisten. Dies zukünftig besser zu koordinieren, ist Aufgabe unserer Landesregierung.

Betroffene ...

... finden in NRW bedarfsgerechte niederschwellige Angebote vor, die grundsätzlich Aufgabe der kommunalen Suchthilfeplanung sind. Es findet ein regelmäßiger Austausch mit dem zuständigen Ministerium statt. Zusätzlich erhalten die Kommunen Landesmittel in Form von fachbezogenen Pauschalen. Hiervon können auch Angebote zur psychosozialen Betreuung von substituierten drogenabhängigen Menschen finanziert werden.

... können wir alle sein – persönlich oder als Angehörige. Wir brauchen niedrigschwellige Unterstützungs- und Aufklärungsangebote, damit wir einen offenen Austausch über die Wirkungen und Folgen von legalem und illegalem Suchtmittelkonsum in unserer Gesellschaft erreichen – als beste Grundlage für die Präventionsarbeit.

... leiden unter starker psychischer und physischer Abhängigkeit und Verelendung, zum Beispiel durch Wohnungslosigkeit. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter der Betroffenen und damit der Bedarf an altersgerechter Versorgung. Wir werden deshalb entsprechende Projekte für wohnungslose suchtkranke Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf fördern und das selbstbestimmte Wohnen ermöglichen.

... haben mit einer schwerwiegenden Krankheit zu kämpfen. Sie sind mit dem entsprechenden Respekt zu behandeln und benötigen Unterstützung, um einen Weg aus ihrer Sucht zu finden. Die derzeitige Wartezeit auf Therapieplätze ist deutlich zu lang. Neben der Suchterkrankung muss bei Betroffenen auch die gesamte Lebenssituation berücksichtigt werden, wenn Hilfen wirklich erfolgreich sein sollen.

... müssen durch die Kombination von medizinischer Behandlung, psychosozialer Unterstützung, Prävention und sozialer Integration in eine Lage versetzt werden, die ihnen die Kraft gibt, den Drogen und dem Rauschgiftmilieu dauerhaft zu entsagen.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Werkstattgespräch zu Dritten Orten: „Dieses Förderprogramm ist ein Volltreffer!“

Dritte Orte sind Plätze, an denen sich Menschen begegnen, an denen sie Kunst und Kultur erleben können. Das kann eine Bibliothek, eine Scheune, ein Ladenlokal sein. Um solche Orte und die Menschen dahinter zu unterstützen, hat



Auf dem Podium: Bianca Winkelmann (stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion), Ina Brandes (Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, Mitte) und Heike Wermer (kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion). Foto: Ralph Sondermann/CDU-Fraktion

das Ministerium für Kultur und Wissenschaft das Förderprogramm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“ aufgelegt. 26 Projekte wurden ausgewählt, für die das Land insgesamt 13,5 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Wie geht es den geförderten Projekten – und wie stehen die Chancen auf eine Neuauflage des Programms? Das wollte die CDU-Fraktion von Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes, wissen und tauschte sich mit 80 Gästen beim Werkstattgespräch im Landtag aus. „Das Programm genießt deutschlandweit Anerkennung. Es konzentriert sich auf Kultur im ländlichen Raum und ist spartenübergreifend gedacht“, betonte Ina Brandes. Neben Bianca Winkelmann, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, und Heike Wermer, kultur-

politische Sprecherin der Fraktion, waren zwei Projekte auf dem Podium vertreten: das Life House Stewede und der ARTandTECH.space Rheine. Lob gab es für die unkomplizierte Antragsstellung. „Die Förderung war für uns eine Geburtshilfe“, sagte Peter Lüttmann, Bürgermeister der Stadt Rheine. Lars Schulz vom Life House: „Das Programm lässt viele Freiheiten.“ Prof. Florian Kluge von der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter lobte: „Es richtet den Scheinwerfer auf den ländlichen Raum, Kultur und Ehrenamt. Ein Volltreffer!“



Abgeordnete der SPD-Fraktion wählen Jochen Ott zum neuen Vorsitzenden

Die 56 Abgeordneten der SPD-Fraktion haben Jochen Ott zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 49-jährige Kölner setzte sich mit 29 Stimmen im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerberin Sarah Philipp und Mitbewerber Sven Wolf durch. „Es ist mir eine Ehre, diese neue Aufgabe für die SPD-Fraktion zu übernehmen“, sagte Jochen Ott. „Ich bin bereit, Verantwortung zu tragen und als Oppositionsführer für ein soziales Gegengewicht zur Landesregierung zu sorgen.“ Zudem äußerte der neue Vorsitzende seine Anerkennung für seinen Vorgänger Thomas Kutschaty, dem auch die Fraktion mit großem Beifall dankte.

Die Fraktion im Landtag sieht Jochen Ott als „Angriffsspieler und Taktgeber“. In NRW sei eine Opposition gefragt, die mit Emotion und Leidenschaft, aber auch mit Angriffsbewusst-



Nach seiner Wahl präsentierte Jochen Ott der Öffentlichkeit seine Ideen.

sein die Regierung stelle. Schließlich gebe es enorme Missstände in NRW:

„Die Armutsentwicklung, die Wohnungsnot und die Bildungskatastrophe sind Herausforderungen unserer Zeit, auf die Schwarz-Grün keine Antworten hat.“ Er wolle den Bürgerinnen und Bürgern bessere Angebote machen. Gemeinsam mit den 55 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landtag wolle er als Vorsitzender für eine soziale Zukunft des Landes arbeiten.



Auf Tour durch den ländlichen Raum

Ein ehemaliger Bahnhof als Begegnungsort, ein Naturerlebnis, das von Ehrenamtlichen ermöglicht wird, ein Herzzentrum, das die Digitalisierung konsequent für seine Patientinnen und Patienten nutzt: Die Vorsitzenden der Grünen

Landtagsfraktion, Wibke Brems und Verena Schäffer, haben ihre Tour Land.Grün.Zukunft gestartet. Gemeinsam mit den lokalen Abgeordneten der Grünen Fraktion sind sie unterwegs in ländlichen Regionen in NRW, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, sich über ihre Wünsche und Erfahrungen sowie Konzepte und Ideen auszutauschen. „Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz NRW, in der Stadt wie auf dem Land“, so Wibke Brems.

Auftakt der Tour war ein Besuch im Telemedizinzentrum in Bad Oeynhausen, weiter ging es zum Projekt

„Löhne umsteigen. Der Bahnhof“ und zum Bio-Unverpacktladen Tante Else mit Lastenradverleihstation in Bünde. Auf ihrer Tour tauschten sich die Fraktionsvorsitzenden auch mit dem mittelständischen Unternehmen Kleeschulte Erden in Rütthen sowie Engagierten des Vereins Bilsteintal e.V. aus. Im StadtLABOR in Soest standen Ideen zur digitalen Stadtentwicklung im Mittelpunkt. „Die bisherigen Termine haben schon gezeigt, wie vielfältig, lebendig und innovativ der ländliche Raum ist“, sagt Verena Schäffer. „Wir freuen uns auf die Fortsetzung unserer Tour Land.Grün.Zukunft.“



NRW zurück auf den Wachstumspfad bringen: FDP fordert Neustart in der Wirtschaftspolitik

Deutschland ist in der Rangliste attraktiver Wirtschaftsstandorte auf einen der letzten Plätze abgerutscht. In Nordrhein-Westfalen sinkt die Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 und entwickelt sich damit sogar schwächer als der Bundesdurchschnitt. Um die Lebensumstände der Menschen dauerhaft zu verbessern, setzt sich die FDP-Landtagsfraktion für eine wachstums- und angebotsorientierte Wohlstandspolitik ein. „Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte Europas zu machen. NRW soll zentraler Stand-



Dietmar Brockes (FDP)

ort für Genehmigungsbeschleunigung, Digitalisierung der Verwaltung, Talente, Fachkräfte, Ideen, Forschung und Innovationen werden. Aus Klimaschutz und Nachhaltigkeit wollen wir ein Wohlstandsversprechen machen“, erklärt Dietmar Brockes, Sprecher für Wirtschaft und Energie in der FDP-Fraktion.

Die Freien Demokraten schlagen eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen vor, um den Standort NRW attraktiver zu machen: Damit die Unternehmen sich ganz auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, braucht

es ein Belastungsmoratorium und eine Bürokratiebremse. Zudem müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren in allen Bereichen beschleunigt werden. Eine vollständig digitalisierte und modernisierte Verwaltung soll Menschen und Betriebe serviceorientiert unterstützen. Die FDP-Fraktion möchte wirtschaftliche Entwicklung und individuelle Mobilität für die Menschen fördern. Dazu soll das Land die Modernisierung der Verkehrsinfrastrukturen vorantreiben. Insbesondere den Aus- und Neubau von Straßen in ländlichen Regionen soll das Land wieder ermöglichen.



Für eine ganzheitliche Drogenpolitik

Die Bundesregierung plant die Legalisierung von Cannabis. Laut einem Konzept des Gesundheitsministeriums sollen Kauf und Besitz von bis zu 20 Gramm für Erwachsene straffrei sein. Der Verkauf werde nur in lizenzierten Geschäften und Apotheken erfolgen, außerdem wird der Eigenanbau von bis zu zwei Cannabis-Pflanzen erlaubt. Zu Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müsse ein Mindestabstand eingehalten werden, und Werbung soll generell verboten sein. Nach wie vor ungeklärt ist die Frage, wie man den unregelmäßigen Abbau von Cannabis im Körper beim Autofahren handhaben will.

In vielen Fällen kann Cannabis Leiden lindern, aber ein Konsum allein zu Rausch- und Genusszwecken kann schwere gesundheitli-



Dr. Martin Vincentz (AfD)

che und psychische Schäden nach sich ziehen. Die AfD-Fraktion NRW steht für die richtige Mischung aus Freiheit und Verantwortung. Ja zur medizinischen Nutzung von Cannabis,

nein zur generellen Legalisierung. Es braucht eine ganzheitliche Drogenpolitik, die auf Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung fußt. Schärfere Grenzkontrollen und härtere Bestrafung von Dealern wären wichtige ordnungspolitische Mittel, um vor allem härtere Drogen aus dem Verkehr zu ziehen.

Dass Parteien, die sonst eine ausgeprägte Verbotskultur pflegen, nun ausgerechnet bei der Cannabis-Legalisierung ihre Liberalität entdecken, lässt sich dagegen vermutlich nur mit einseitiger Klientelbedienungs erklären.



Wort und Widerwort

Demokratie lebt vom Ringen um die besten Ideen. Das gilt fürs große Ganze ebenso wie für inhaltliche Details. Nicht nur bei Wahlen ringen politische Parteien und Personen um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Auch die Debatte im Parlament dient der Suche nach der besten Lösung.

Die gewählten Abgeordneten begegnen einander und der Regierung im engagierten Streit um die überzeugendsten Argumente. Nicht umsonst also durchlaufen politische Vorhaben von der Idee bis zum Beschluss häufig viele Phasen der Diskussion – angefangen von fraktionsinternen Arbeitskreisen über die Fraktionsitzung, das Plenum, Fachausschüsse und Sachverständigenanhörungen.

Während der ersten kontroversen Aussprache im Plenum zu einer parlamentarischen Initiative liefern sich die (in der Regel fachlich zuständigen) Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen und der Landesregierung einen argumentativen Schlagabtausch vor Publikum und Kameras.

Manchmal wird im Anschluss direkt abgestimmt, in der Regel jedoch wird der debattierte Antrag oder Gesetzentwurf zur Detailberatung an den jeweiligen Fachausschuss überwiesen – oft beraten auch mehrere inhaltlich betroffene Ausschüsse. Durchaus liegen zuweilen am Schluss des Diskussionsprozesses Änderungsanträge vor, um den Ursprungstext zu modifizieren.

Öffentliche Sitzungen

Die Art des Austauschs, die parlamentarische Debatte, ist kein informelles Gespräch. Sie findet in aller Öffentlichkeit statt, denn Demokratie braucht Transparenz. Die Aussprache im Plenum dient deshalb auch dazu, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, warum eine bestimmte Forderung gestellt oder abgelehnt wird. Dies soll laut Geschäftsordnung des Landtags in freier Rede geschehen, Notizen sind erlaubt. Auch die Ausschusssitzungen im Landtag sind in der Regel öffentlich.

Rederecht in der Vollversammlung haben alle Abgeordneten und die Landesregierung. Die Sitzungsleitung des Plenums achtet darauf, dass die Redezeiten gleich verteilt sind. Überzieht jemand seine Redezeit, erhalten die Rednerinnen und Redner der jeweils anderen Fraktionen und der Landesregierung entsprechend Bonuszeit und können dann entweder länger sprechen oder noch jemand anderen aus den eigenen Reihen zu Wort kommen lassen.

Bei vielen Anträgen und Gesetzentwürfen gibt es mehrere Runden der Auseinandersetzung im Plenum. In jeder Runde haben alle Fraktionen und die Landesregierung die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Nicht genutzte Zeit einer Runde verfällt nicht, sondern kann

in einer späteren Runde genutzt werden. All das gilt auch bei Unterrichtungen durch die Landesregierung und bei Aktuellen Stunden, denen keine Initiativen, sondern kurzfristig aufgetretene landespolitisch relevante Sachverhalte zugrunde liegen. Aktuelle Stunden jedoch – der Name sagt es bereits – sind auf eine bestimmte Gesamtzeit begrenzt.

Wie lange eine bestimmte Debatte dauern soll, bestimmt im Vorfeld der Plenarsitzung der Ältestenrat. Mit dieser Festlegung stehen die Gesamtredezeiten der einzelnen Fraktionen und der Landesregierung fest und werden auf der Tagesordnung zur Plenarsitzung zum betreffenden Thema vermerkt.

Eine Debatte im Plenum ist keine statische Aneinanderreihung von Redebeiträgen. Allen Abgeordneten ist es erlaubt, während der Rede eines anderen Mitglieds des Landtags oder der Landesregierung Zwischenfragen zu stellen. Die Rednerin oder der Redner kann sie zulassen oder ablehnen. Die Frage ist laut Geschäftsordnung möglichst kurz zu formulieren. Auf die Redezeit wird weder die Zwischenfrage noch ihre Beantwortung angerechnet. Wenn Zwischenfragen allerdings ausschweifend und wenig präzise formuliert werden, greift die Sitzungsleitung ein: Die Frage soll schließlich nicht vom eigentlichen Thema ablenken.

Eine weitere Möglichkeit, direkt auf einen Redebeitrag zu reagieren, noch bevor die eigene Fraktion an der Reihe ist, besteht in der Kurzintervention. Diese steht allen Fraktionen und der Landesregierung zu: Anderthalb Minuten Zeit hat dann jeweils eine Rednerin oder ein Redner, um sich unmittelbar zu einem Redebeitrag zu äußern. In der Regel lässt die Sitzungsleitung den Wunsch zu einer Kurzintervention zu. Auf die Redezeit der Fraktion wird sie nicht angerechnet.

Die Mitglieder des Landtags haben also jede Menge Möglichkeiten für Rede, Gegenrede, Widerspruch und Bekräftigung, Argumentation und Diskussion. Kein Wunder, denn das ist ihr Job: zu wohl überlegten Entscheidungen zu kommen, die die Politik für rund 18 Millionen Menschen betreffen. Und diese Entscheidungen sind nicht leichtfertig zu fällen.

sow



Die Inschrift im Sockel des Kunstwerks „Phönix“ im Landtag erinnert die Abgeordneten seit 1949 an die Kraft des Arguments: „Ums Wort und Widerwort und wieder Wort – das Schweigen und das Auferstehn“.

Foto: Schälte

Porträt: Jochen Ott (SPD)



Jochen Ott, 49, verheiratet, drei Töchter, Oberstudienrat a. D. – und seit dem 23. Mai 2023 neuer Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Medien beschrieben den Kölner nach dessen Wahl als erfahrenen Landes- und Kommunalpolitiker, als Bildungsexperten, als bürgernah, zielstrebig, selbstbewusst, temperamentvoll. Als überzeugten Sozialdemokraten und ebenso überzeugten Katholiken. Aber auch als angriffslustig, zuweilen impulsiv und wenig diplomatisch. Als einen aus der „Abteilung Attacke“.

Der 49-Jährige fühlt sich durchaus treffend dargestellt – auch, was die „Abteilung Attacke“ angeht. Er streite gerne in der Sache, sagt er, nur persönlich dürfe es nie werden. Diese Grenze überschreite er nicht: „Auch in der schärfsten Auseinandersetzung mit der Schulministerin in der vergangenen Wahlperiode gab es keine persönlichen Angriffe.“ Und ja, er sei emotional und temperamentvoll: „Ohne Emotionen erreicht man die Menschen in der Politik nicht.“ Wenig diplomatisch? Das allerdings sieht Ott anders: Wer mehr als 18 Jahre lang mit Köln einen der größten SPD-Unterbezirke in Deutschland geleitet habe, komme ohne Diplomatie nicht aus.

Jochen Ott wurde in Köln-Porz geboren. Die Mutter war aktiv in der katholischen Kirche, der Vater zunächst Fernmeldehandwerker, dann Personalrat und Gewerkschafter. Als kleines Kind, erzählt Ott, durfte er bei den Feiern zum 1. Mai schon die Fahne der Postgewerkschaft mittragen. 1992 trat er in die SPD ein – „politisiert vom Golfkrieg und frustriert vom Stillstand der frühen 1990er-Jahre unter Helmut Kohl“. Zugleich sei er über seine Mutter in der katholischen Kirche sozialisiert worden. Er war dort Jugendgruppen- und Pfarrleiter, mit knapp 19 Jahren Pfarrgemeinderatsvorsitzender. Es war die Zeit, als Ott dem weit über Köln hinaus bekannten Arbeiter- und Armenpar-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Jochen Ott, der neue Vorsitzende der SPD-Fraktion. Der Kölner ist seit 2010 Mitglied des Landtags und war zuvor Lehrer für Geschichte, Sozialwissenschaften und Katholische Religion.

rer Franz Meurer begegnete, der ihn und seine Frau später trauen und die drei Töchter taufen sollte. Er sei in Meurers Gemeinde der erste Zivildienstleistende gewesen, sagt Ott. Gemeinsam mit dem Geistlichen und dem Unternehmensberater Peter Sprong schrieb er das Buch „Rheinischer Kapitalismus. Eine Streitschrift für mehr Gerechtigkeit“. Dass Pfarrer Meurer CDU-Mitglied ist, habe ihn nie gestört. Es sei wichtig, mit anderen demokratischen Parteien im Austausch zu bleiben.

Der Fraktionschef und Oberstudienrat a. D. gilt als Bildungsexperte. Die eigene Schulzeit auf einem humanistisch geprägten Gymnasium sei „wunderbar“ gewesen, schreibt er auf seiner Homepage. Als Achtklässler trat er bei der Schülersprecherwahl gegen Oberstufenschüler an – und gewann, „da die ganzen Kleinen mich gewählt haben“. Es sei eine schöne Zeit gewesen, auch, weil er als Schülersprecher einiges mitbestimmen durfte: „Wir haben Projektwochen durchgesetzt und Demos für Frieden und Schulreformen organisiert. Karnevalssitzungen habe ich moderiert und mit anderen auch Musicals gespielt.“

Lehrer wollte er eigentlich nicht werden, erinnert sich der 49-Jährige. Ein Studium der Europawissenschaften habe ihn mehr gereizt. Sein Geschichtslehrer aber habe ein Lehramtsstudium empfohlen: „Da hast du was Sicheres und kannst später immer noch was anderes machen.“ Die Entscheidung habe er nie bereut.

Jochen Ott macht auch Musik. Auf Youtube gibt es ein Video, in dem er „Wild Thing“ von den Troggs singt und dazu Gitarre spielt. Die Liebe zur Musik begleitet ihn seit seiner Jugend. Irgendwann, sagt er, habe er sich eine neue, bessere Gitarre gewünscht. Er habe sie auch bekommen. Allerdings hatte seine Mutter eine Bedingung gestellt: „Dann musst du aber auch beim Schulkonzert spielen.“ Da der junge Jochen Ott auf klassische Musik jedoch „überhaupt keine Böcke“ hatte, entschied er sich für „Do kanns zaubre“ von BAP. Neben Bach und Beethoven stand so plötzlich auch Klaus „Major“ Heuser, viele Jahre Gitarrist und Songschreiber der Kölner Rockband, als Komponist auf dem Konzertprogramm der Schule. „Do kanns zaubre“ ist das einzige Stück, das ich bis heute fehlerfrei spielen kann“, sagt Ott. Es ist übrigens ein sehr ruhiges Lied. So gar nicht die „Abteilung Attacke“.

Michael Zabka

Zur Person

Jochen Ott (49) wurde in Köln-Porz geboren und lebt mit seiner Familie in Köln-Nippes. Nach dem Abitur studierte er Geschichte, Sozialwissenschaften und Katholische Religion an der Universität Köln und am King's College London. Von 2002 bis 2010 war Ott Lehrer an Gymnasien und der Gesamtschule Brühl. Er ist seit 1992 SPD-Mitglied, war von 2001 bis 2019 Vorsitzender der SPD Köln und von 2008 bis 2018 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalen. Seit 2018 ist er Vorsitzender der SPD-Region Mittelrhein. Jochen Ott ist seit Juni 2010 Abgeordneter des Landtags. Am 23. Mai 2023 wurde er als Nachfolger von Thomas Kutschaty zum neuen Fraktionschef gewählt.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ein Klassiker, der mich sprachlich und inhaltlich immer noch in den Bann zieht, ist „Das fliegende Klassenzimmer“ von Erich Kästner. Vor allem im Urlaub lese ich so viele Bücher wie möglich; oft haben sie einen Sachbezug. In letzter Zeit hat mich am meisten Michael Sandel: „Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt“ begeistert. Er bringt darin auf den Punkt, was auch mich seit langem beschäftigt: Unsere Gesellschaft wurde in den letzten Jahrzehnten als Leistungsgesellschaft, die Meritokratie, aufgebaut. Dort wird versprochen, dass man, wenn man sich nur genug anstrengt, ein angemessenes Gehalt, Job, Anerkennung erhält. Die Realität zeigt: Der Ansatz ist gescheitert.

Welche Musik hören Sie gerne?

Ich mag vor allem Musik, die mich mitreißt. Daher höre ich gerne Deutsch Rock/Pop, am liebsten die alten (und neuen) Gassenhauer von BAP, Udo Lindenberg und Brings.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Erdbeermarmelade

Ihr liebstes Reiseziel?

Meine Familie und ich fahren jedes Jahr zusammen in den Urlaub an die französische Atlantikküste in die Region um Soulac herum.

Kurz notiert

Blutspende

Der Landtag hat sich am 13. Juni 2023 an der bundesweiten Blutspendeaktion „#missingtype – erst wenn's fehlt, fällt's auf“ des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) beteiligt und eine Möglichkeit zur Blutspende angeboten. Mit einer erfreulichen Menge von lebensrettenden Blutpräparaten reiste das Team des DRK aus dem Landesparlament ab. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Das Blutspenden hat einen geringen Aufwand, aber die Hilfe ist groß: Es rettet Leben. Leider fehlt es immer häufiger an den nötigen Spenderinnen und Spendern. Blutspenden ist eine der wichtigsten Formen des direkten sozialen Engagements und unsere gesellschaftliche Aufgabe. Deswegen tragen wir gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz dazu bei, dieses lebenswichtige Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.“ Mehr Informationen: www.missingtype.de

Besuch aus Israel

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 14. Juni 2023 eine Delegation israelischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter des „Histadrut“ begrüßt. Die Delegation besuchte gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nordrhein-Westfalen (DGB NRW) das Parlament. „Histadrut“ ist der Dachverband der Gewerkschaften Israels und seit Anfang der 1970er-Jahre partnerschaftlich mit dem DGB NRW verbunden. Themen des Gesprächs waren u. a. die Arbeit der Gewerkschaften in Krisenzeiten und die Beziehungen zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 29. August 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 25. August 2023, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Parlamentsnacht 2023

Am 2. Oktober 1988 wurde das Landtagsgebäude am Rhein offiziell eröffnet – auf den Tag genau 42 Jahre nach der historischen ersten Sitzung des Parlaments im Düsseldorfer Opernhaus. Geplant war es von Anfang an auch als „Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Seine Architektur mit den Glasfassaden und dem großen Vorplatz steht für die demokratischen Prinzipien von Transparenz und Bürgernähe. Jedes Jahr besuchen Zehntausende Interessierte ihr Landesparlament. In diesem Jahr feiert das Gebäude seinen 35. Geburtstag. Anlässlich des Jubiläums lädt der Präsident des Landtags, André Kuper, alle Bürgerinnen und Bürger für Freitag, 29. September 2023, zu einer Parlamentsnacht ein. Zwischen 17 und 23 Uhr ist ein vielfältiges Programm geplant. Mehr Informationen zur Parlamentsnacht und dem Jubiläum folgen in der Augustausgabe.

Foto: Zanin



35
JAHRE
LANDTAG
AM RHEIN